

Kreistag Platz 1: Dr. Eckhard Fascher

49 Jahre, verheiratet, eine Tochter

Dipl. Sozialwissenschaftler,

wissenschaftlicher Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Niedersachsen, Erfahrungen in der Entwicklungshilfe und der politischen Bildung.

Seit 2006 Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Kreistag.



Im Kreistag überfällt mich regelmäßig das Grauen: Von Seiten des Landes und Bundes ist immer weniger Geld da, Kreise und Gemeinde werden systematisch kaputtgespart. Das Geld fehlt für die Pflichtaufgaben und erst Recht für das kulturelle Leben oder wichtige soziale Einrichtungen. Die kommunale Selbstverwaltung wird zur Farce. CDU, SPD und Grüne überbieten sich gegenseitig mit Sparmaßnahmen und weiterem Stellenabbau.

Gipfelpunkt einer solchen „Effektivität“ ist die geplante Bildung einer neuen „Region. Göttingen“ anstelle der Kreise Göttingen, Northeim und Osterode – also ein völlig unüberschaubares Gebilde, das flächenmäßig anderthalb mal größer ist als das Saarland! So wird die Kontrolle einer ohnehin übermächtigen Verwaltung durch ehrenamtliche Kommunalpolitiker oder ein Mitwirken kritischer Bürger fast unmöglich sein. Die Einnahmen werden dadurch nicht erhöht.

Das Kaputtsparen muss aufhören. Ich trete ein für

- ▶ dezentrale Strukturen,
- ▶ einen starken öffentlichen Sektor,
- ▶ starke Kommunen,
- ▶ einen starken Landkreis.

Städte und Kreise brauchen mehr Geld, um endlich Politik im Sinne der Bürger machen zu können!



Kreistag Platz 2: Christoph Filler

38 Jahre, verheiratet

Jurist, Ökonom, Sozialwissenschaftler. Seit vielen Jahren amtlich und ehrenamtlich aktiv in sozialen Einrichtungen der Obdachlosen-, Straffälligen- und Opferhilfe und im Bereich ambulanter Betreuungen seelisch behinderter Menschen. Vorsitzender des Fd Straßensozialarbeit e.V., Mitgründer Hilfe in Krisen e.V. und Perspektiven e.V.



Kernforderung politischen Handelns muss die Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe aller sein.

Davon abgeleitet bedarf es der Chancengleichheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aller Bevölkerungsgruppen. Frühförderung in Form kostenloser Kindergartenplätze inklusiv Verpflegung, Lehrmittelfreiheit, kostenlose Beförderung, Stärkung der integrierten Gesamtschulen und ausreichend geförderte Ausbildungs- und

Studienangebote ohne Gebühren.

Wesentliches Ziel ist die Umverteilung zur Bekämpfung von Armut, kostenlose, gleichberechtigte medizinische Versorgung und ausreichend bezahlte Arbeit für alle, statt „Hartz IV“.

Ein respektvoller Umgang mit Mitmenschen verbietet soziale Diskriminierung aufgrund Geschlechts, Alters, Ethnie und sozialer Gruppe.

Wir brauchen den ökologischen Umbau und eine Stärkung der regionalen Strukturen. Eine Energie-, (Land)Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung, die sich an menschlichen und nicht ökonomischen Interessen orientiert.

Dazu bedarf es der Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge, eines solidarischen Miteinander, generationsübergreifend, unter Bereitstellung der für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen. Dazu gehört auch ein vielfältiges, kulturelles und soziales Angebot, welches nicht kaputtgespart werden darf.

Stadtrat Platz 1: Gerd Nier

64 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Kinder,

über 30 Jahre als Berufsschullehrer in der Ausbildung von ErzieherInnen tätig, seit 2010 im Ruhestand

Mitgliedschaften: ver.di, Deutscher Kinderschutzbund, Arbeiterwohlfahrt, Naturfreunde, VVN/BdA



Neben den lokalen Themen für die Innenstadt und den Leineberg möchte ich mich im Rat der Stadt Göttingen insbesondere auf die Sicherung der kommunalen Daseinsfürsorge konzentrieren.

▶ Für eine Rekommunalisierung des Stromnetzes als Bestandteil eines regionalen Energiekonzeptes in kommunaler Verantwortung!

▶ Wasser- und Abfall-

wirtschaft gehören in die Hand der Stadt, damit die Gebührengestaltung wieder beim Rat liegt!

▶ Das Fahrrad- und Fußgängeretz muss weiter ausgebaut, die Busverbindungen müssen optimiert und die Buspreise gesenkt werden. Es gilt der klare Vorrang öffentlicher Verkehrsmittel gegenüber dem Autoverkehr.

Ich werde mich gegen eine weitere unbedachte Zersiedelung der Stadt einsetzen. Der ressourcenschonende Umgang mit Grünflächen, Ackerland und Naherholungsgebieten ist ein Gebot der Stunde. Gewerbeansiedlungen um jeden Preis und der ruinöse Wettbewerb um Investoren zwischen den Gemeinden darf nicht mehr als Maxime für Weiterentwicklung und Fortschritt gelten.

Eine Mitwirkung im Bau- und Planungsausschuss, im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss und gegebenenfalls auch im Umweltausschuss könnte ich mir gut vorstellen.

